



Reinhard Henn

Rund um das Thema Ökonomie

Eine Materialsammlung
für die 8.–10. Jahrgangsstufe

Sekundarstufe I
fächerübergreifend

CARE LINE®

Bibliographische Information der Deutschen Bibliothek

Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliographie; detaillierte bibliographische Daten sind im Internet über <http://dnb.ddb.de> abrufbar.

Impressum

Illustrationen: Michael Hechtl, CARE-LINE
Redaktion: Eva Christian
Titelgestaltung: Michael Franz
Gestaltung und Satz: Eva Christian, Schwarzfischer Marina

© 2010 CARE-LINE Verlag in Druck+Verlag Ernst Vögel GmbH
Kalvarienbergstr. 22, 93491 Stamsried
Tel.: 0 94 66 / 94 04 0, Fax: 0 94 66 / 12 76
E-Mail: careline@voegel.com, Internet: www.care-line-verlag.de

Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit schriftlicher Genehmigung des Verlages. Für die Kopier- und Folienvorlagen räumt der Verlag ein Vervielfältigungsrecht durch Fotokopien und Thermokopien ein – ausdrücklich aber nur für den jeweiligen Unterrichtsgebrauch.

Lösung zu S. 10

1.	Zustand Roller Fortuna	+	-	Zustand Roller Starwind	+	-
	Lackierung	✓		Lackierung	✓	
	Bereifung schlecht, nur noch 2 mm Profil		✓	Bereifung neu	✓	
	Bremsen gut	✓		Bremsen schlecht, neue Bremsbeläge erforderlich		✓
	Auspuffanlage gut	✓		Auspuff leicht beschädigt		✓
	Automatikantrieb mäßig		✓	Automatikantrieb gut	✓	
	Federung schlecht			Federung gut		

Instandsetzung Roller Fortuna:

Bereifung	80,- EUR
Automatikantrieb	110,- EUR
Gesamt	190,- EUR

Instandsetzung Roller Starwind:

Bremsbeläge	45,- EUR
Auspuff	120,- EUR
Gesamt	165,- EUR

Lösung zu S. 11

Aufgaben 1. Teil:

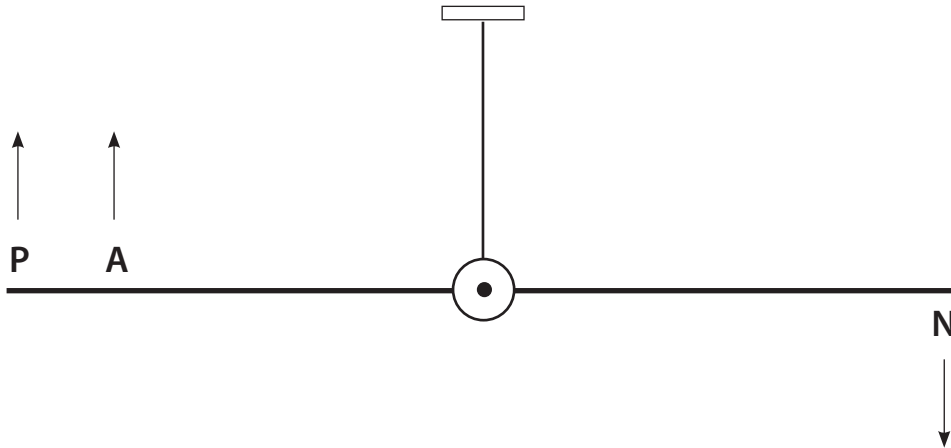
2. Angebot und Nachfrage bestimmen den Preis.

Aufgaben 2. Teil:

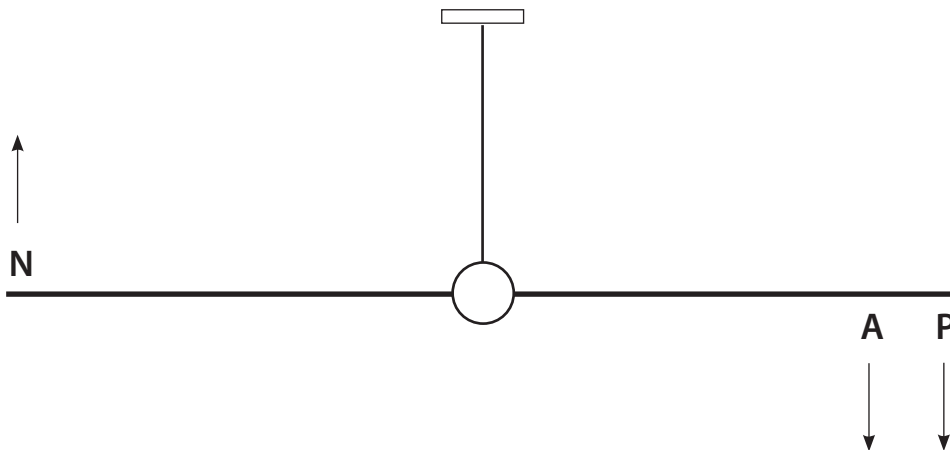
- Die neu hinzugekommene Verkäuferin bietet am billigsten an.
Die Käufer gehen alle dorthin.
Die anderen Verkäuferinnen senken die Preise.
Es werden insgesamt mehr Pilze gekauft.
- Durch ein neues, günstiges Angebot, wird die Nachfrage der Kunden zum neuen Anbieter gelenkt.
Andere Anbieter senken ebenfalls die Preise, um die Kunden zurückzugewinnen. Durch die günstigeren Angebote werden mehr Kunden dazu bewogen zu kaufen.

Lösung zu S. 12

1. Die Angebotsmenge A wird größer.
Die Nachfragemenge N sinkt.



2. Die Angebotsmenge A wird kleiner.
Die Nachfragemenge N steigt.



Die Marktsituation aus der Sicht der Marktfrauen (Anbieter):

Die Anbieter, die das kg Birnen für 6,00 Euro verkaufen, würden es auch für **6,50 Euro, 7,00 Euro** und **8,00 Euro** verkaufen.

Die Anbieter, die das kg Birnen für 6,50 Euro verkaufen, würden es auch für **7,00 Euro** und **8,00 Euro** verkaufen.

Die Anbieter, die das kg Birnen für 7,00 Euro verkaufen, würden es auch für **8,00 Euro** verkaufen.

Die jeweils angebotene Menge:

Bei 8,00 Euro pro kg: **230 kg**

Bei 7,00 Euro pro kg: **140 kg**

Bei 6,50 Euro pro kg: **70 kg**

Bei 6,00 Euro pro kg: **20 kg**

Die Marktsituation aus der Sicht der Käufer: (Nachfrager):

Die Nachfrager, die das kg Birnen für 6,50 Euro kaufen, würden es auch für **6,00 Euro** kaufen.

Die Nachfrager, die das kg Birnen für 7,00 Euro kaufen, würden es auch für **6,50 Euro** und **6,00 Euro** kaufen.

Die Nachfrager, die das kg Birnen für 8,00 Euro kaufen, würden es auch für **7,00 Euro, 6,50 Euro** und **6,00 Euro** kaufen.

Die jeweils nachgefragte Menge:

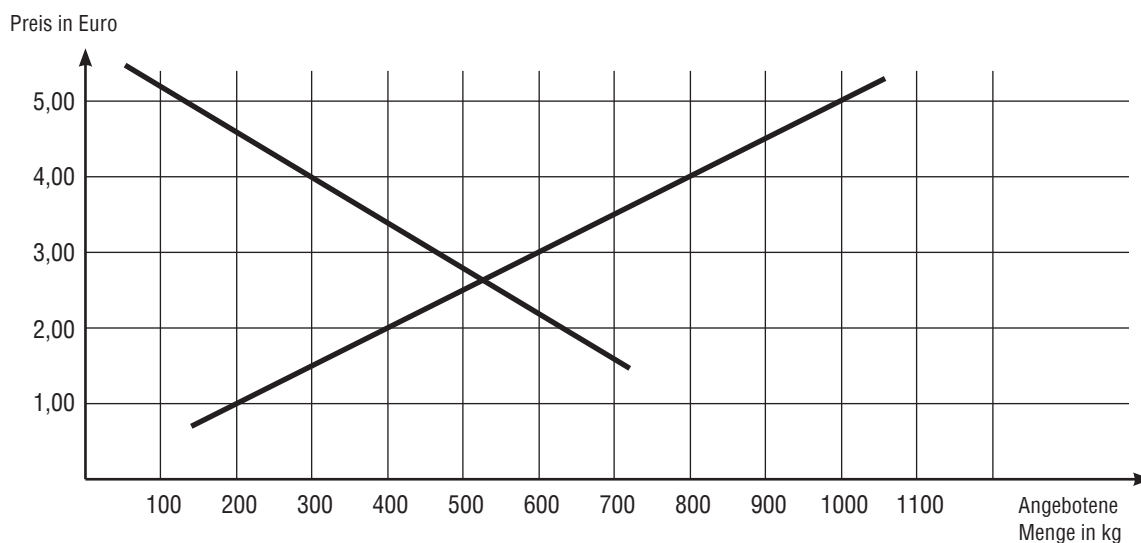
Bei 8,00 Euro pro kg: **10 kg**

Bei 7,00 Euro pro kg: **30 kg**

Bei 6,50 Euro pro kg: **70 kg**

Bei 6,00 Euro pro kg: **140 kg**

Lösung zu S. 14



Der Gleichgewichtspreis liegt bei ca. 2,10 Euro.

Lösung zu S. 15

Es handelt sich um eine zweiseitig dynamische Preisbildung. Sowohl beim Anbieter wie auch bei den Nachfragern kann es zu Entwicklungen kommen, die den Preis, zu dem sie anbieten oder kaufen wollen, beeinflussen. (Beispiele: Bauer Hensen hört, dass der Nachbarbauer seine Birnen teurer verkauft und will nun auch mehr verdienen; in der Tageszeitung stand ein Rezept für Birnenkuchen, den nun alle im Ort backen wollen; daher sind sie bereit auch mehr zu zahlen.)

Lösung zu S. 16

Steuererhöhungen führen zu steigenden Preisen: Die Nachfrage sinkt.

Die Ankündigung eines Angebots senkt vorübergehend die Nachfrage und steigert sie dann zu einem späteren Zeitpunkt.

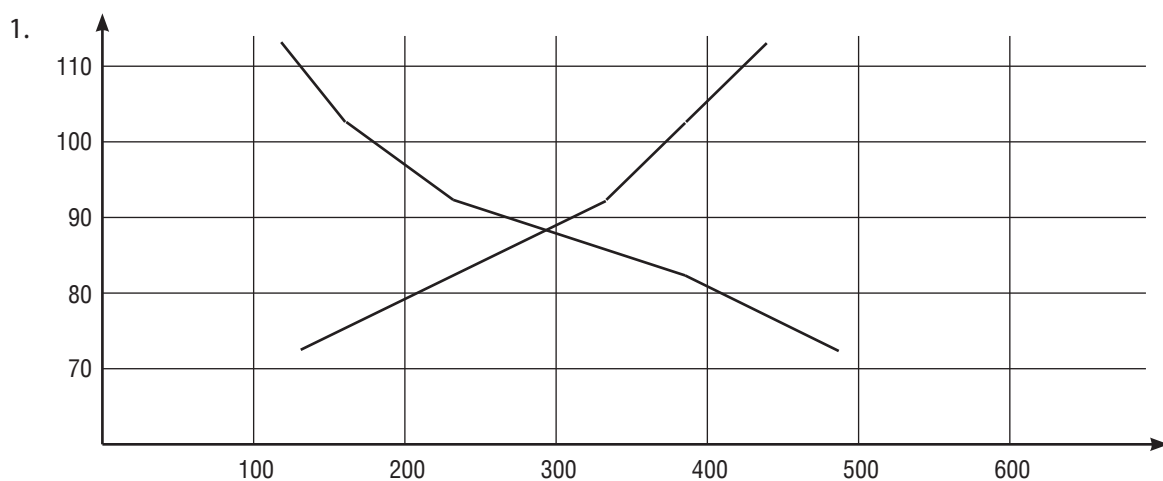
Wenn das Einkommen sinkt, sinkt auch die Nachfrage nach Gütern.

Bei einer festgesetzten zur Verfügung stehenden Summe steigt die Nachfrage bei günstigen Gütern, die bei teuren Gütern sinkt.

Ein Anbieter verkauft da, wo der höchste Preis zu erzielen ist.

Investitionen (Geld, Arbeit) werden da getätigt, wo der meiste Gewinn zu erwarten ist.

Lösung zu S. 17



2. Der Gleichgewichtspreis ist der Preis, bei dem das Angebot und die Nachfrage bei einem bestimmten Gut ausgeglichen sind.

Lösung zu S. 18

1. Markt ist dort, wo sich Anbieter und Käufer treffen.
2. Anzahl der Marktteilnehmer; Art der gehandelten Güter; der Markt besitzt einen hohen Organisationsgrad; es herrschen verschiedene Märkte vor, man spricht daher von unvollkommenen und vollkommenen Märkten.

Lösung zu S. 19

1. konkreter Markt
2. abstrakter Markt

3.

konkreter Markt	abstrakter Markt
Büchermarkt	Versicherungsmarkt
Konsumgütermarkt	Devisenmarkt
Flohmarkt	Spielermarkt
Automarkt	Geldmarkt
Wochenmarkt	Urlaubsmarkt
Tiermarkt	eBay
Rohstoffmarkt	Heiratsmarkt
	Grundstücksmarkt
	Investitionsmarkt
	Internetmarkt
	Immobilienmarkt
	Arbeitsmarkt
	Stellenmarkt

4. eBay kann als Markt bezeichnet werden, weil dort Angebot und Nachfrage aufeinander treffen und Güter gehandelt werden.
5. Der Unterschied zu einem Wochenmarkt ist, dass Personen sich bei eBay nicht real treffen. Darüber wird der Preis meist nicht mit dem Verkäufer ausgehandelt, sondern durch Gebote der Kaufinteressierten bestimmt. Die Güter, die angeboten werden, sind wesentlich vielfältiger als die eines Wochenmarktes.

Lösung zu S. 20

1. a) vollständige Konkurrenz
b) Angebotsmonopole
c) Angebotsoligopole
2. Angebotsoligopol: Wenige Anbieter, viele Nachfrager
Nachfrageoligopol: Wenige Nachfrager, viele Anbieter
Angebotsmonopol: Ein Anbieter, viele Nachfrager
Nachfragemonopol: Ein Nachfrager, viele Anbieter
3. Durch das Internet bekommen die Märkte mehr Konkurrenz. Statt ein Produkt im Laden um die Ecke zu kaufen, ist es möglicherweise günstiger, dieses über das Internet in einem anderen Laden, in einer anderen Stadt, eventuell auch in einem anderen Land zu bestellen. Die Möglichkeiten zu umfassender Information werden größer, es gibt allerdings auch ein zunehmendes Risiko von Fehlinformationen. Insgesamt wird Globalisierung der Märkte vorangetrieben.
4. In den Jahreszeiten, zu denen das jeweilige Obst und Gemüse geerntet werden kann, gibt es ein großes Angebot. Die Konkurrenz ist größer, die Preise sinken. In Zeiten, in denen bestimmtes Obst und Gemüse nur importiert oder im Treibhaus gezüchtet werden kann, ist das Angebot geringer. Folglich steigen die Preise.
5. Herstellungskosten, Lagerkosten, Transportkosten, Verwaltung, beabsichtigte Gewinnspanne
6. Die Nachfrage nach neuen, innovativen Produkten ist hoch, die Konkurrenz, also das weitere Angebot gering. Daher sind hohe Preise zu erzielen.
7. Restposten sollen abverkauft werden, bevor ein neues Produkt auf den Markt kommt, da erstere danach schlechter zu verkaufen sind. Mit günstigen Angeboten kann ein Hersteller aber auch für sich werben und neue Kunden gewinnen.

Lösung zu S. 21

1. Es handelt sich um abstrakte Märkte.
2. Beim Festnetz sind 2000 die Preise stark gesunken. Dies kann daran liegen, dass mehr Anbieter hinzugekommen sind. Ab 2002 sind kaum mehr Preisveränderungen festzustellen. Der Markt ist stabil, die Konsumenten können zu stabilen Preisen telefonieren.

Beim Mobilfunk sind die Preise 2000 und 2001 stark gesunken. Dies ist die Folge von zunehmenden Angeboten. Der Preisanstieg 2002 kann auf ein vermehrtes Interesse bei den Konsumenten zurückzuführen sein. Bei gleichem Angebot gibt es mehr Nachfrage. Die Folge: Die Preise steigen. In den folgenden Jahren kommen immer mehr Anbieter auf den Markt: Die Preise sinken wieder.

Eine ähnliche Tendenz ist beim Internet auszumachen. 2001 sinken die Preise enorm, da das Angebot stark zunimmt. In den folgenden Jahren wächst das Angebot konstant aber nicht so stark wie 2001. Folglich sinken die Preise jährlich etwas.

3. Es handelt sich um Angebotsoligopole.

Lösung zu S. 23

1.

	Anzahl der Brötchen <small>bei bestmöglicher Ausnutzung der Maschinen (kostengünstigste Produktionsmenge täglich)</small>	Mindestpreis <small>(inklusive aller Kosten und Unternehmerlohn)</small>	Verkaufspreis	Gewinn in fünf Jahren <small>(ein Jahr = 280 Verkaufstage)</small>
Bäckerei Saat	100	0,30 Euro	0,30 Euro	0
Bäckerei Knorr	600	0,26 Euro	0,30 Euro	33600 Euro
Bäckerei Maaßen	300	0,24 Euro	0,30 Euro	25200 Euro
	Vertraglich festgelegte Abnahmemenge	Mindestpreis <small>(inklusive aller Kosten und Unternehmerlohn)</small>	Verkaufspreis	Gewinn in fünf Jahren <small>(ein Jahr = 300 Verkaufstage)</small>
Supermarkt Willi	200	0,24 Euro	0,25 Euro	3000 Euro

- Die Bäckerei Saat wird mit ihren Brötchen keinerlei Gewinn machen, der Gewinn beim Supermarkt Willi fällt in den fünf Jahren sehr gering aus. Gut sieht es aus bei den Bäckereien Knorr und Maaßen, wobei der Gewinn, umgerechnet auf einzelne Brötchen bei der Bäckerei Maaßen am größten ist.
- Bäckerei Saat müsste die Produktionskosten senken und gleichzeitig möglichst die Produktionsmenge steigern. Investitionen in modernere Maschinen wären günstig.

Bäckerei Knorr und Bäckerei Maaßen können beide auf Service setzen. Produktionsmengen und erzielter Gewinn sind gut. Nun gilt es, sich bei gleichbleibender Qualität und Preisen durch Service vom Supermarkt weiter abzugrenzen.

Supermarkt Willi sollte einerseits seine Abnahme und dadurch auch die verkaufte Menge steigern. Dies kann durch gezielte Werbung mit dem günstigen Preis geschehen. Andererseits sollte versucht werden, den Einkaufspreis bei größerer Abnahme zu senken, um die Gewinnspanne zu vergrößern. Auch eine kleine Anhebung der Preise wäre denkbar.

Lösung zu S. 24

2. 60 Euro
3. Auch bei Elektroartikeln bestimmt sich der Preis über Angebot und Nachfrage. Es kommt auf Angebot und Nachfrage zwischen Verkäufer und Endkunde an. Je mehr Käufer und je weniger Anbieter, desto höher der Preis. Andererseits spielen auch die Einkaufspreise eine Rolle, Handelsketten, die beim Hersteller größere Mengen abnehmen, erhalten oft günstigere Preise, als kleinere Läden, die nur einzelne Exemplare einkaufen.
4. Oftmals unterscheiden sich die Preise von Gütern bei verschiedenen Anbietern stark. Es gilt aber, genau hinzuschauen. Wenn die Fahrtkosten bis zu einem günstigen Anbieter so hoch sind, dass sie den Preisunterschied aufwiegen, ist es oftmals sogar besser, ein etwas teureres Angebot vor Ort anzunehmen. Ebenso ist in manchen teureren Angeboten noch Service enthalten (z. B. Lieferung, Montage, Reparatur vor Ort), die bei günstigen Angeboten fehlen.

Lösung zu S. 25

Direkt am Bahnhof und in der Umgebung gibt es meist eine Vielzahl an Möglichkeiten, etwas zu essen zu kaufen. Es gibt also ein großes Angebot. Dies hält den Preis niedrig. Am Ausflugsort ist das Angebot meist niedriger (oftmals überwiegt die Anzahl teurerer Restaurants), daher können höhere Preise erzielt werden.

Lösung zu S. 27

1. Herr Heidmann folgt dem Minimalprinzip, Frau Heidmann folgt dem Maximalprinzip.

Zinssatz anlegen.	Maximalprinzip	Minimalprinzip
Frau Schlank möchte ihren Lieblingskuchen möglichst billig kaufen.		✓
Ein Student sucht für 200 Euro Miete im Monat eine möglichst große Wohnung.	✓	
Ein Einzelhändler möchte seine Ware zu einem möglichst niedrigen Preis einkaufen.		✓
Ein Fuhrunternehmen möchte mit seinen Fahrzeugen möglichst viele Transporte durchführen.	✓	
Benni möchte für 3 Euro möglichst viel Lakritz auf der Kirmes kaufen.	✓	
Die Firma Bequem-Wohnen strebt bei unverändertem Angebot einen möglichst großen Umsatz an.	✓	
Mit 80 Liter Diesel sollen möglichst viele Kilometer gefahren werden.	✓	
Du möchtest eine 500 km lange Strecke so zurücklegen, dass möglichst wenig Kraftstoff verbraucht wird.		✓
Susanne geht ins Kino und erkundigt sich nach den Eintrittspreisen.		✓
Das Unternehmen Müller-Sanitär will mit den vorhandenen Kupferbeständen möglichst viele Leitungsrohre produzieren.	✓	

Zinssatz anlegen.	Maximalprinzip	Minimalprinzip
Für eine Laienspielgruppe will ein Schneider Kostüme nähen, aber so, dass er möglichst wenig Stoff verbraucht.		✓
Du musst die Festplatte im PC eines Freundes neu formatieren, hast aber nur 30 Minuten Zeit.		✓
Dein Vater vergleicht Leasingangebote für ein neues Auto.		✓
Borussia Mönchengladbach kann für die nächste Saison drei Mio Euro in neue Spieler investieren.	✓	
Die Stadt Ulm möchte den Rathausplatz erneuern und schreibt den Auftrag aus, um den günstigsten Anbieter zu finden.		✓
Du hast 1.000,- Euro gespart und möchtest das Geld zum günstigsten Zinssatz anlegen.	✓	

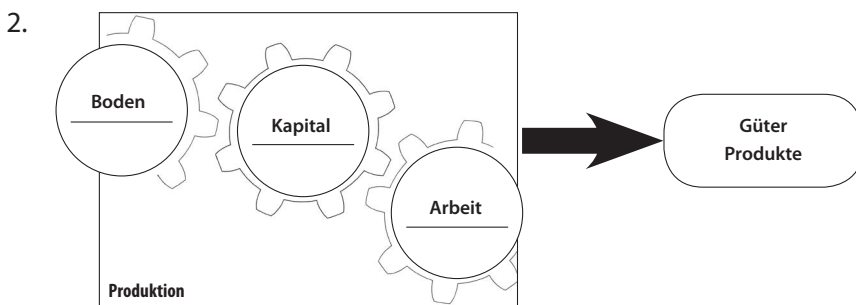
Lösung zu S. 28

1. Es handelt sich um das Ökonomische Prinzip.
3. Bedürfnisse können dann nicht befriedigt werden, wenn die Mittel dazu nicht vorhanden sind (Zeit, Geld, Gesundheit, körperliche Verfassung, etc.) oder dabei moralische Grundsätze oder Gesetze übertreten würden.

Lösung zu S. 29

1.

Arbeit	Boden (Natur)	Kapital
Von Menschen erbrachte Leistungen bei ihrer Arbeit	Die gesamte Erdoberfläche einschließlich der Wasserflächen	Patente, Geld, Herstellungsverfahren, Rohmaterial
	Standorte für Produktionsanlagen	Gebäude, Einrichtung, Maschinen, Vorräte
	Lagerstätten von Bodenschätzen	
	Lagerstätten	



Lösung zu S. 30

1. Bei gleicher Anzahl von Arbeitern steigt die Ergiebigkeit der Produktion durch den Einsatz von Kapital.
2. Die vereinfachte Wiedergabe eines komplexen Vorgangs.
3. Hoher Ausstoß an Waren, scheinbar leichte Herstellung, einfache Koppelung der Produktionsfaktoren
4. Das Modell kann den technischen Werdegang der Produkte nicht darstellen.
5. Wenn ein Rad ausfällt, steht die Produktion still.

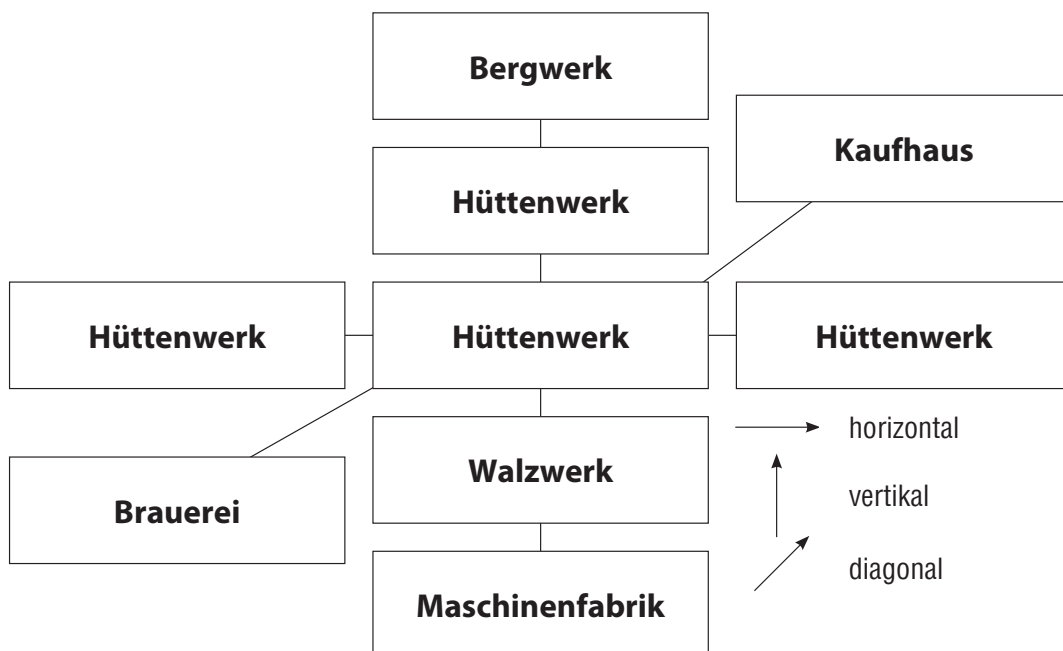
7.

Boden / Natur	Boden / Natur: gering, nur ein Raum
Kapital	Kapital: Töpferscheibe, Werkzeug
Arbeit	Arbeit: mittel bis hoch, Handwerk

Boden / Natur	Boden / Natur: gering, nur ein Raum
Kapital	Kapital: Maschinen
Arbeit	Arbeit: gering, Industrie

Lösung zu S. 31

1.



Lösung zu S. 32

- Kartell:** Ein vertraglicher Zusammenschluss von Unternehmen des gleichen Wirtschaftszweigs, der den Wettbewerb untereinander beschränken oder ausschließen soll. Solche Zusammenschlüsse müssen gemeldet werden, dafür gibt es eine eigene Behörde.
- Pool:** Mehrere Unternehmen schließen sich aus einem wirtschaftlichen Zweck zusammen. Ihre rechtliche Stellung bleibt dabei unangetastet. Mögliche Gründe: gemeinsame Forschung und Entwicklung, Durchführen von Marktbeobachtungen, Nutzung gemeinsamer Anlagen (EDV).
- ARGE:** Mehrere Unternehmen, die rechtlich selbstständig bleiben, schließen sich zur gemeinsamen Durchführung eines Auftrages zusammen, z. B. zum Bau einer Brücke. Ein solcher Zusammenschluss endet mit der Erledigung des Auftrages.
- Konzern:** Kleinere Unternehmen gehen mit ihrem gesamten Vermögen in einem großen Unternehmen auf. Die Vermögen werden auf eine neu gegründete Gesellschaft übertragen, die Selbstständigkeit der einzelnen Unternehmen geht verloren.
- Trust:** Bei diesem Zusammenschluss vereinigen sich wirtschaftlich selbstständige Unternehmen aus rein ökonomischen Gründen. Die Leitung wird einheitlich gesteuert, eine so genannte Muttergesellschaft übernimmt diese Aufgabe.

Lösung zu S. 33

1.

	Unternehmen verlieren ihre ökonomische Selbstständigkeit	Unternehmen verlieren ihre ökonomische und rechtliche Selbstständigkeit	Unternehmen behalten ihre ökonomische und rechtliche Selbstständigkeit
ARGE			✓
Pool			✓
Trust		✓	
Kartell	✓		
Konzern		✓	

2. Die Unternehmen arbeiten enger zusammen, Kosten bei der Produktion, der Lagerung, beim Zwischenhandel und Vertrieb können minimiert werden. Preise können besser kontrolliert werden. Die Wettbewerbsfähigkeit auf dem internationalen Markt steigt.
3. Durch den Zusammenschluss großer Unternehmen wird die Konkurrenz geringer. Die Unternehmen haben leichter die Möglichkeit, die Preise zu kontrollieren und zu gestalten.

Lösung zu S. 35

3.

Vorteile der Arbeitsteilung	Nachteile der Arbeitsteilung
bessere Qualität durch Spezialisierung	Einschränkung der Arbeitskraft auf ein Spezialgebiet
größere Ergiebigkeit der erbrachten Arbeitsleistung	größerer zeitlich Druck für die Arbeitskräfte
Steigerung der Produktionsmenge	Abbau von Arbeitsplätzen, wenn kleinstteilige Arbeitsschritte von Robotern übernommen werden
Senkung der Produktionszeit	

Lösung zu S. 37

- Direkte Steuern zahlt der Steuerzahler selbst, also unmittelbar. Indirekte Steuern entrichtet er indirekt. Das Geld geht erst an ein Unternehmen, einen Dienstleister, etc., der die Steuern dann an den Staat abführt.
- Die Verbrauchssteuern sind an bestimmte Verbrauchsgüter gekoppelt, die ge- und verkauft werden können. Verkehrssteuern dagegen beziehen sich auch auf rechtliche Vorgänge, die nicht an den Kauf und Verkauf von Gütern gebunden sind.
- Für Konsumenten würde es bedeuten, dass alle Güter, die man kauft, sehr viel günstiger wären. Ein Buch, das jetzt 20 Euro kostet, würde dann nur 18,70 Euro kosten, für ein Auto, für das man jetzt rund 15.000 Euro zahlt, würde man dann nur etwa 14.000 Euro zahlen. Für den Staat würden allerdings Steuereinnahmen in Milliardenhöhe wegfallen.

4.

	Bund	Land	Gemeinde	Gemeinschaft	Keine Steuer
Zinsabschlagssteuer				✓	
Mineralölsteuer	✓				
Umsatzsteuer				✓	
Grunderwerbssteuer		✓			
Lohnsteuer				✓	
Kfz-Steuer	✓				
Solidaritätszuschlag	✓				
Hundesteuer			✓		
Grundsteuer			✓		
Einkommensteuer				✓	
Gewerbesteuer			✓		

Lösung zu S. 38

Aufsichtsrat	Kontrollgremium bei Kapitalgesellschaften
Ausfuhr	Lieferung von Waren ins Ausland (Export)
Aufwertung	Sinkt der Wechselkurs einer Währung im Vergleich zur anderen, wird diese Währung aufgewertet; die andere Währung ist dann „billiger“
Bilanz	Gegenüberstellen von Vermögenswerten in Kontoform
Börse	Handelsplatz für Devisen, Wertpapiere und Rohstoffe
Bruttoinlandsprodukt (BIP)	Güter und Dienstleistungen, die in einem Jahr in einem Land erwirtschaftet wurden
Bruttosozialprodukt (BSP)	Summe der Güter und Dienstleistungen in einer Währung
Devisen	Geld / Währung(en)
Dividende	Gewinnanteile an einer AG
Einfuhr	Lieferung von Waren aus dem Ausland (Import)
Einkommen	Lohn / Gehalt
Geld	Tauschmittel für Waren
Globalisierung	Welthandel
Handelsbilanz	Verbuchen von Export und Import
Hypothek	Kredit für den Erwerb von Immobilien
Inflation	Geldentwertung; die Preise steigen ständig
Investition	Kauf von Maschinen, um z. B. die Produktivität eines Unternehmens zu steigern
Kapitalmarkt	Markt, wo Geld angeboten und nachgefragt wird
Konjunktur	Bezeichnung für die wirtschaftliche Lage eines Landes
Lebenshaltungskosten	Kosten für den täglichen Lebensbedarf
Markt	dort treffen sich Angebot und Nachfrage
Marktwirtschaft	System einer Regulierung von Angebot und Nachfrage
Öffentliche Hand	Behörden, Kommunen (Städte und Gemeinden), das Land, der Bund
Preis	Akzeptanz für ein Produkt
Produktionsfaktoren	Arbeit, Boden, Kapital; benötigt ein Unternehmen, um zu produzieren
Protektionismus	staatlicher Eingriff zum Schutz heimischer Produkte (z. B. Zölle)
Rendite	Gesamterfolg einer Kapitalanlage
Rezession	Rückgang einer Konjunkturphase
Soziale Marktwirtschaft	Marktform; dort übernimmt der Staat Aufgaben, z. B. soziale Sicherung
Steuern	Entgelt für den Staat, um öffentliche Aufgaben zu erledigen
Verbraucher	Konsument
Wachstum	Zunahme der wirtschaftlichen Größe innerhalb eines bestimmten Zeitraumes
Währung	gesetzliche Ordnung des Geldwesens eines Landes
Wettbewerb	Konkurrenz durch Teilnahme auf einem Markt
Zins	Preis für das Leihen eines Geldbetrages
Zoll	Abgaben an den Staat beim Überschreiten der Grenze

Lösung zu S. 40

	Wann beginnt die Rechtsfähigkeit?	Wann endet die Rechtsfähigkeit?	Nat. / Jur. Person
Herr Schlaumeier – Lehrer	mit der Geburt	mit dem Tod	nat.
Industrie- und Handelskammer	mit der staatlichen Verleihung	mit dem staatlichen Entzug	jur.
Ohne Schulnöte – Die Privatschule GmbH	mit dem Eintrag ins Handelsregister	mit der Löschung aus dem Handelsregister	jur.
Josef Mehl – Bäckermeister	mit der Geburt	mit dem Tod	nat.
Recycling Schrott GmbH	mit dem Eintrag ins Handelsregister	mit der Löschung aus dem Handelsregister	jur.
Borussia Mönchengladbach	mit dem Eintrag ins Handelsregister	mit der Löschung aus dem Handelsregister	jur.
Land Nordrhein-Westfalen	mit der staatlichen Verleihung	mit dem staatlichen Entzug	jur.
Die Bundesrepublik Deutschland	mit der staatlichen Verleihung	mit dem staatlichen Entzug	jur.
AOK Rheinland	mit dem Eintrag ins Handelsregister	mit der Löschung aus dem Handelsregister	jur.

Lösung zu S. 41

1.	geschäfts- unfähig	beschränkt geschäftsfähig	voll geschäftsfähig
Ein 6-Jähriger kauft von seinem Taschengeld ein Radio.	✓		
Ein 19-jähriger Drogensüchtiger kauft sich einen Roller für 1.800 Euro.		✓	
Eine in der Psychiatrie lebende 23 Jahre alte Frau bucht einen Flug per Internet.		✓	
Simon, 12 Jahre alt und Schüler, kauft sich einen MP3-Player.		✓	
Sarah (23, Studentin) erhält 400 Euro Unterhalt monatlich von ihren Eltern. Sie unterschreibt einen neuen Mietvertrag.			✓
Der 15-jährige Paul Panzer schließt mit der Firma Holzbau einen Ausbildungsvertrag ab.		✓	

2. Es handelt sich um die Paragraphen 104 bis 185.
3. Sabine muss das Kleid nicht zurückgeben. Sie ist zwar nur beschränkt geschäftsfähig, allerdings braucht sie eine Einwilligung ihrer Eltern dann nicht, wenn sie aus der Willenserklärung zu einem Vertrag (hier Schenkung) nur einen rechtlichen Vorteil (Besitz des Kleides) erlangt und daraus keine Verpflichtungen für sie hervorgehen.
4. Der Verkäufer muss den Kauf nicht rückgängig machen, da Uwe die Stereoanlage von seinem Taschengeld gekauft hat. Hier gilt Paragraph 110 (Taschengeldparagraph).
5. Die Verträge sind gültig, da Benjamin voll geschäftsfähig ist.

Lösung zu S. 43

1.

Unternehmensform	Geschäftsführung	Gewinn/Verlust-Verrechnung	Haftung
Aktiengesellschaft (AG)	Vorstand und Aufsichtsrat	Dividende pro Aktie	Haftung beschränkt auf das Grundkapital
Einzelunternehmen	Einzelunternehmer	Gewinn geht allein an Unternehmer	Haftung mit dem gesamten Privatvermögen
Gesellschaft bürgerlichen Rechts (GbR)	alle Gesellschafter	Verteilung auf Gesellschafter	unmittelbare, gemeinsame, unbeschränkte Haftung durch die Gesellschafter
Kommanditgesellschaft (KG)	persönlich tätiger Gesellschafter (Komplementär)	Verteilung entsprechend des Gesellschaftsvertrags	unbeschränkte Haftung durch den persönlich tätigen Gesellschafter (Komplementär); Haftung der Teilhaber in der Höhe der persönlichen Einlage
Offene Handelsgesellschaft (OHG)	alle Gesellschafter	Verteilung auf alle Gesellschafter	unbeschränkte Haftung aller Gesellschafter
Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH)	Geschäftsführer mit Vertretern, Aufsichtsrat	Verteilung entsprechend der Geschäftsanteile	Haftung auf die Höhe der Einlage der Gesellschafter beschränkt
Eingetragene Genossenschaft (eG)	Vorstand, Aufsichtsrat	Verteilung auf Genossen	Haftung der einzelnen Genossen auf Haftungssumme begrenzt, die nicht kleiner als sein Geschäftsanteil sein darf

2. Volkswagen AG, Daimler AG, Siemens AG, Deutsche Post AG, Bayer AG, Deutsche Bahn AG, Bertelsmann AG, ...

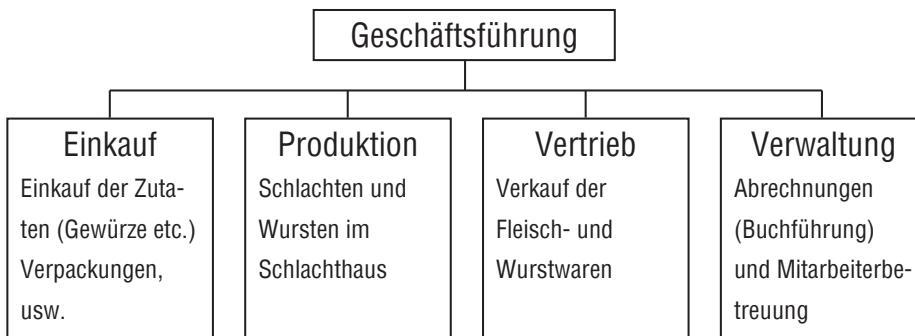
Lösung zu S. 44

Ziele von Unternehmen:

- Eine Qualitätsverbesserung anstreben
- Moderne Technisierung vorantreiben
- Einen Zugewinn von Kunden
- Lehrstellen und Arbeitsplätze bereitstellen
- Gewinnmaximierung
- Das Wachstum des Unternehmens anstreben

Aussagen zur Arbeitsteilung:

- Arbeitsteilung heißt Spezialisierung.
- Bei der Arbeitsteilung macht jeder das, was er am besten kann.
- In den großen Unternehmen werden die Produkte arbeitsteilig hergestellt.



Lösung zu S. 45

1. Ablauforganisation:

1. Tiere schlachten.
2. Zutaten nach einer bestimmten Rezeptur zusammenstellen.
3. Zutaten nach bestimmten Rezepten verarbeiten.
4. Fleisch teilweise vorbraten; Wurstinhalte in Därme füllen.
5. Kochen, braten, räuchern der Würste.

2.

Einkauf	Produktion	Entwicklung	Vertrieb	Personalwesen	Rechnungswesen
Diese Abteilung beschafft Rohstoffe, Betriebsstoffe und Hilfsstoffe für die Produktionsanlagen.	Die einzelnen Produkte werden hier hergestellt, und die verschiedenen Arbeitsschritte müssen exakt aufeinander abgestimmt werden, damit keine Störungen entstehen.	Hier wird an ständigen Verbesserungen gearbeitet, um dem Kunden ein optimales Produkt zu bieten.	Hier wird dafür gesorgt, dass die Produkte zu den Kunden gelangen.	In dieser Abteilung wird dafür gesorgt, dass die Personalkosten niedrig bleiben und die Arbeitsleistung der Mitarbeiter steigt.	Kontrolle, Steuerung und Planung des Geschäftsablaufes des Unternehmens werden hier erledigt.

Einkauf	Produktion	Entwicklung	Vertrieb	Personalwesen	Rechnungswesen
	Diese Abteilung muss dafür sorgen, dass die Produkte in der richtigen Qualität und Menge am richtigen Ort zur richtigen Zeit und zu möglichst geringen Kosten bereitgestellt werden.		Die Mitarbeiterinnen in dieser Abteilung sind dafür verantwortlich, dass die Produkte einen großen Bekanntheitsgrad erlangen, damit der Verkauf erhöht wird.	Eine ausreichende Menge an Mitarbeitern u. Mitarbeiterinnen mit der notwendigen Qualifikation wird hier ausgesucht.	Alles das, was im Unternehmen geschieht, sammelt diese Abteilung, um daraus Informationen zu gewinnen.

Lösung zu S. 50

4. Adam Smiths Meinung über den Staat:

Der Staat sollte so wenig Einfluss wie möglich auf das Wirtschaftsgeschehen nehmen. Staatliche Beschränkungen und Begünstigungen sind für die Wirtschaft hinderlich. Der Staat sollte nur drei Aufgaben erfüllen: Schutz vor Angriffen anderer Länder, Schutz der Bürger vor Ungerechtigkeit durch ein funktionierendes Rechtssystem, Schaffung von Einrichtungen, die ein Einzelner aufgrund des fehlenden Kapitals nicht betreiben kann. In wirtschaftlicher Hinsicht sieht Smith den Staat als Hindernis, als Ausbeuter der Bevölkerung.

Was sagt Adam Smith über den Menschen aus?

Der Mensch sucht immer nur seinen persönlichen Vorteil. Er weiß über das, was in seinem Umfeld geschieht, besser Bescheid als jeder Politiker. Nur durch die wirtschaftliche Freiheit des Einzelnen kann hohes Wachstum erreicht werden

Wichtige ökonomische Begriffe, die Adam Smith verwendet, sind:

Arbeitsteilung, Wettbewerb, wirtschaftliche Freiheit, Freihandel, Globalisierung, Freie Marktwirtschaft

David Ricardos Meinung über den Staat:

Der Staat sollte sich nicht einmischen, so dass ein völlig freier Handel gewährleistet ist. Dadurch würde jedes Land profitieren, wenn es die Güter produziert und verkauft, die für es am günstigsten herzustellen sind.

Was sagt David Ricardo über den Menschen aus?

Er macht keine direkten Aussagen über die Menschen.

Welche ökonomischen Begriffe verwendet David Ricardo?

komparativer Kostenvorteil, vollkommen freier Handel

Karl Marx Meinung über den Staat:

Die Produktionsmittel sollten in der Hand des Volkes, somit in der Hand des Staates, liegen. Dadurch wird Produktivität gesteigert und Arbeitslosigkeit gesenkt.

Was sagt Karl Marx über den Menschen aus?

Menschen, die kein Kapital besitzen, können nur ihre Arbeitskraft in den Wirtschaftskreislauf einbringen. In kapitalistischen Gesellschaften kommen sie bei der Gewinnverteilung allerdings zu kurz. Ein Kapitalist ist bestrebt, seine Arbeiter immer länger arbeiten zu lassen, um mehr Gewinn zu erzielen. Für die Arbeiter steigt der Leistungsdruck beständig. Lägen die Produktionsmittel in den Händen der Arbeiter, würde die Produktion steigen, weil die Arbeiter direkt für sich arbeiten.

Welche ökonomischen Begriffe verwendet Karl Marx?

klassenlose Gesellschaft, Kapitalismus

Welche Meinung vertritt J. M. Keynes über den Staat?

In Krisenzeiten bedarf es einer gesteigerten Nachfrage, um dadurch die Konjunktur wieder anzukurbeln. Wird dies von der Wirtschaft nicht geleistet (weil z. B. die Zinsen für Kredite zu hoch sind), sollte an dieser Stelle der Staat einspringen und z. B. in Schulen, Krankenhäuser, Straßenbau etc. investieren. In Zeiten des Aufschwungs soll der Staat dagegen Rücklagen bilden, um einer Staatsverschuldung entgegen zu wirken.

Was sagt J. M. Keynes über den Menschen aus?

In Krisenzeiten sparen die Menschen und investieren nicht, auch wenn die Löhne steigen.

Welche ökonomischen Begriffe verwendet J. M. Keynes?

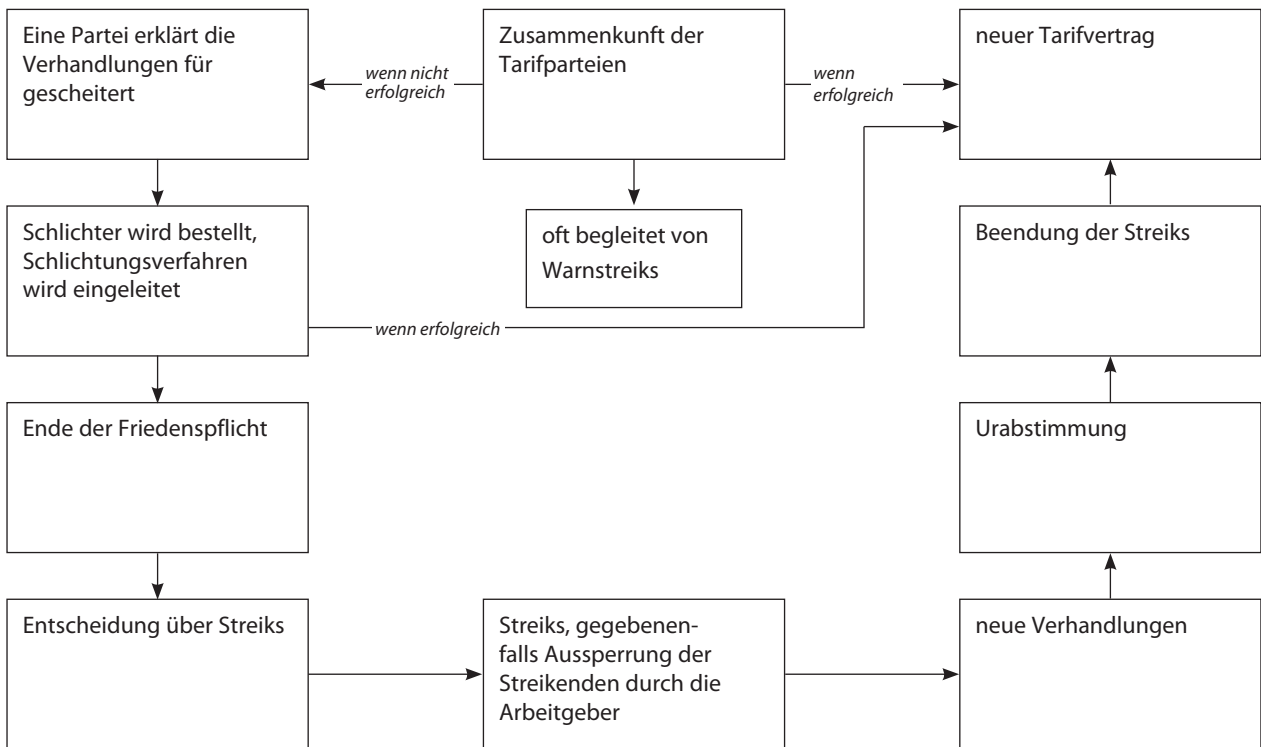
Angebot und Nachfrage, Investitionen, Konjunktur, Konsum

Lösung zu S. 51

2. Zeiten für Toilettenbenutzung

Lösung zu S. 52

2.



Lösung zu S. 53

2. Nach Ende des 2. Weltkrieges waren die Jahre 1946–1947 in Deutschland von Not und Hunger bestimmt. Lebensmittel und Güter des täglichen Bedarfs waren streng rationiert und nur gegen Bezugsscheine erhältlich. Hinzu kam, dass die alte Reichsmark durch den durch die NS-Regierung zur Rüstungsfinanzierung aufgebauten Geldüberhand nahezu wertlos geworden war. Die „Hamsterfahrten“ der Städter aufs Land waren für viele unverzichtbar, um einigermaßen über die Runden zu kommen. Die Reichsmark als Währung war hier weitgehend nutzlos, kaum einer war bereit, Güter gegen Geld aus der Hand zu geben. Tauschwirtschaft bestimmte den Alltag im Handel. Eine Ware kristallisierte sich dabei als Währungsersatz heraus, Zigaretten. Sie waren allgemein akzeptiert. Auf dieser niedrigen Stufe des Wirtschaftens war an einen allgemeinen Wirtschaftsaufschwung nicht zu denken.

Die Meinungen über einen Weg aus der Misere waren geteilt, sie reichten von der Forderung nach verstärkter staatlicher Kontrolle bis zur weitgehenden Liberalisierung der Wirtschaft. Die Entscheidungen in dieser Hinsicht wurden aber weniger von deutschen Politikern als von den Siegermächten bestimmt. Um einen Aufschwung der Wirtschaft zu ermöglichen, mussten Tauschwirtschaft, Schwarzmarkt und die massive Entwertung der Reichsmark beseitigt werden. Von den Westalliierten war hierzu ein harter Schnitt geplant, die Währungsreform.

Als im März 1948 die drei Westzonen zum einheitlichen Wirtschaftsgebiet zusammengefasst wurden, war der Weg zu einer neuen Währung frei. Die Details dieser Umstellung wurden unter strenger Geheimhaltung von amerikanischer und britischer Seite bestimmt, der Einfluss der deutschen Wirtschaftsexperten blieb gering.

Am 19. Juni 1948 war es dann soweit, die Westalliierten gaben das Währungsgesetz bekannt, und am 20. Juni wurde die neue Währung ausgegeben: die Deutsche Mark (DM). Jeder Einwohner der

Westzonen erhielt 40 DM „Kopfgeld“, Unternehmen, Gewerbetreibende, Freiberufler etc. erhielten auf Antrag darüber hinaus einen „Geschäftsbetrag“ von 60 DM. Altes Bargeld musste zum Umtausch in die neue Währung auf ein Konto eingezahlt werden. Sparguthaben wurden stark abgewertet und nur im Verhältnis 10:1 umgetauscht, Löhne und Gehälter wurden 1:1 in die neue Währung übertragen.

Mit der Währungsreform wurden auch alle Preisbindungen und die Bezugsscheine, mit denen man vorher Waren bekam, aufgehoben.

In der Sowjetischen Zone folgt die Währungsreform am 23. Juni 1948. Allerdings wird dort die Zwangsbewirtschaftung beibehalten, der Lebensstandard verbessert sich nicht spürbar.

Die Auswirkungen der Währungsreform in Westdeutschland waren erheblich: Ergebnis auf politischer Ebene war, dass die deutsche Teilung sich vertiefte. Wirtschaftlich zeigt sich schon am Tag nach der Währungsreform Erstaunliches: Die Auslagen der Geschäfte waren wieder mit offensichtlich zurückgehaltenen Gütern gefüllt – man konnte nahezu alles plötzlich wieder kaufen, wenn man genug DM hatte. Denn die Preise zogen anfangs stark an und auch die Arbeitslosenzahlen stiegen anfangs. Die meisten Deutschen mussten sich damit begnügen, das neue Warenangebot in den Schaufenstern zu bestaunen. Dafür gab es eigentlich keinen Schwarzmarkt mehr.

Viele kleine Sparer waren die Verlierer der Reform, Sparguthaben zehrte die Umstellung weitgehend auf. Besitzer von Sachwerten waren dagegen stark begünstigt, Betriebe, Häuser, Fahrzeuge oder Waren behielten ihren Wert auch in der neuen Währung DM. Trotz dieser Anfangsprobleme zeichnete sich schon bald die Erfolgsgeschichte der DM ab, die Wirtschaft in den Westzonen entwickelte sich zusehends ab Ende 1948. Die 1949 gegründete Bundesrepublik ging einem phänomenalen Wirtschaftsaufschwung entgegen, dem deutschen „Wirtschaftswunder“.

3. Unter dem Ausnutzen monopolistischer Mangellage versteht man das Vorgehen von Unternehmen, die ein Monopol auf bestimmte Güter oder Dienstleistungen besitzen und dieses Monopol (und die Abhängigkeit der Konsumenten davon) dazu nutzen, um (ungerechtfertigte) Preise zu diktieren.

4. 4. Februar 1897 Ludwig Erhard wird in Fürth als Sohn des Textilwarenhändlers Wilhelm Philipp Erhard und seiner Frau Augusta (Geburtsname: Hassold) geboren.
- bis 1913–1916 Besuch der Realschule, Mittlere Reife
- bis 1916 kaufmännische Lehre in Nürnberg
- 1916–1918 Artillerist im Ersten Weltkrieg teil; 1918 schwere Verwundung bei Ypern (Belgien) an der Westfront
- 1919 Ausscheiden aus dem Armeedienst
- bis 1922 Studium an der Handelshochschule Nürnberg; Diplom-Kaufmann
- bis 1925 Studium der Betriebswirtschaft, Nationalökonomie und Soziologie an der Universität Frankfurt/Main. Promotion zum Dr. rer. pol. über das währungs-politische Thema „Die Bedeutung der Welteinheit“ bei Franz Oppenheimer
- 1923 Heirat mit Luise Schuster; Geburt der Tochter Elisabeth
- 1925–1928 Geschäftsführer im elterlichen Betrieb; Betrieb geht infolge der Wirtschaftskrise pleite
- 1928–1942 Wissenschaftlicher Assistent und später Stellvertretender Leiter des „Instituts für Wirtschaftsbeobachtung der deutschen Fertigware“ in Nürnberg
- 1942 Gründung des „Instituts für Industrieforschung“, eines eigenen Konsum-forschungsinstituts, das von der Reichsgruppe Industrie finanziert wird
- März 1944 Fertigstellung der Denkschrift „Kriegsfinanzierung und Schuldenkonsolidierung“
- 1945/46 Mitglied des bayerischen Kabinetts unter Wilhelm Hoegner als Wirtschafts-minister
- 1947 Leiter der Expertenkommission „Sonderstelle Geld und Kredit“ bei der Verwal-tung der Finanzen der britisch-amerikanischen Bizone; mit Vorbereitung der Währungsreform betraut; Honorarprofessor für Rechts- und Staatswissen-schaften an der Universität München

März 1948	Wirtschaftsrat der Bizone wählt Erhard zum Direktor der Verwaltung für Wirtschaft
Juni 1948	Einleitung der Aufhebung der Bewirtschaftung und der Freigabe der Preise in den westlichen Besatzungszonen
Juni 1949	Kandidat der CDU in Württemberg-Baden für die ersten Bundestagswahlen, ohne Mitglied der CDU zu sein
September 1949	Wirtschaftsminister im 1. Kabinett Adenauers
1950	Honorarprofessor für Rechts- und Staatswissenschaften an der Universität Bonn
25. Juli 1952	Mit Inkrafttreten der Montanunion wird Erhard Mitglied des Ministerrates der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS)
14. August 1952	Erhard wird deutscher Gouverneur der Weltbank
1953	Veröffentlichung seines Buchs „Deutschlands Rückkehr zum Weltmarkt“; erneut Bundeswirtschaftsminister im Kabinett Adenauer
Februar 1957	Erhards programmatische Schrift „Wohlstand für alle“ erscheint
29. Oktober 1957	Vizekanzler und Wirtschaftsminister im 3. Kabinett Adenauer
24. Februar 1959	Adenauer schlägt gegen den Willen Erhards dessen Kandidatur für das Amt des Bundespräsidenten vor
3. März 1959	Erhard lehnt eine Kandidatur für die Bundespräsidentenwahl endgültig ab
14. November 1961	erneut zum Vizekanzler und Wirtschaftsminister ernannt
1962	Erhards Buch „Deutsche Wirtschaftspolitik“ erscheint
23. April 1963	Kanzlerkandidat der CDU/CSU-Bundestagsfraktion
16. Oktober 1963	Wahl zum Bundeskanzler
7. März 1965	Ankündigung der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Israel und der Einstellung der Wirtschaftshilfe für Ägypten
20. Oktober 1965	erneute Wahl zum Bundeskanzler
23. März 1966	Wahl zum Bundesvorsitzenden der CDU
1. Dezember 1966	Rücktritt Ludwig Erhards als Bundeskanzler
Mai 1967	Wahl Kiesingers zum CDU-Vorsitzenden; Erhard wird Ehrenvorsitzender
28. September 1969	erneut in den Bundestag gewählt
19. November 1972	wieder in den Bundestag gewählt
13. Dezember 1972	Erhard eröffnet als Alterspräsident den 7. Deutschen Bundestag
3. Oktober 1976	als Spitzenkandidat der baden-württembergischen CDU wieder in den Bundestag gewählt
14. Dezember 1976	Erhard eröffnet erneut als Alterspräsident den Deutschen Bundestag
5. Mai 1977	Ludwig Erhard stirbt in Bonn an Herzversagen
11. Mai 1977	Staatsakt aus Anlass des Todes Ludwig Erhards im Plenarsaal des Deutschen Bundestages
12. Mai 1977	Nach dem Trauergottesdienst in Tegernsee wird Erhard auf dem Bergfriedhof in Gmund beigesetzt

5. Alfred Müller-Armack (28. Juni 1901 – 16. März 1978) war ein deutscher Nationalökonom und Kultursoziologe. Er ist Urheber des Begriffs und Mitbegründer der Sozialen Marktwirtschaft und war Leiter der Abteilung Wirtschaftspolitik unter Bundeswirtschaftsminister Erhard.

Alexander Rüstow (8. April 1885 – 30. Juni 1963) war ein deutscher Soziologe und Wirtschaftswissenschaftler. Er ist einer der Gründerväter der Sozialen Marktwirtschaft und hat den Begriff des Neoliberalismus geprägt.

Walter Eucken (17. Januar 1891 – 20. März 1950) war ein deutscher Ökonom. Er war Vordenker der Sozialen Marktwirtschaft und hat die Freiburger Schule des Ordoliberalismus begründet.

Wilhelm Röpke (10. Oktober 1899 – 12. Februar 1966) war ein deutscher Ökonom. Er gilt als einer der geistigen Väter der Sozialen Marktwirtschaft.

Lösung zu S. 54

1. Ein Sozialstaat strebt soziale Sicherheit und soziale Gerechtigkeit an. Mit verschiedenen Maßnahmen soll ein sozialer Ausgleich hergestellt werden. Dazu gehören Sozialleistungen wie z. B. Renten- und Krankenversicherung.
4. 739,7 Milliarden Euro
5. Pro Kopf beträgt die Zinslast 937,5 Euro jährlich.

Lösung zu S. 55 / 56

Staat

Garantiert freien Wettbewerb, wirtschaftlich Schwache werden geschützt.

Produktionsmittel

Arbeit

Sie liegen in privater Hand. Staatseigene Betriebe gibt es nicht.

Boden/Natur

Nur da, wo es notwendig erscheint, greift der Staat ein, z. B. durch Zölle, Subventionen, Kartellrecht, Sozialleistungen.

Kapital

Konsumenten

Der Käufer ist freier Kunde, man sagt auch, er ist König. Er hat die absolut freie Wahl unter den angebotenen Produkten.

Arbeitskräfte

Arbeitgeber und Arbeitnehmer sind Sozialpartner und schließen Tarifverträge.

Lösung zu S. 57

Nummer	Unsoziale Ausprägung
1, 10, 12, 13, 19	In den Betrieben haben die Arbeitnehmer kein Mitspracherecht, sie sind den Unternehmern ausgeliefert.
2, 8, 9, 18	Die Kranken und Behinderten in unserer Gesellschaft erhalten keine Unterstützung.
4, 8, 14	Wer keinen Schulabschluss besitzt, hat Pech gehabt und muss sehen, wie er zurechtkommt.
4, 7, 8, 9, 15	Plötzlich verliert ein Arbeitnehmer seinen Arbeitsplatz oder wird wegen einer Krankheit berufsunfähig. Er bekommt keinerlei Unterstützung.
11	Schwimmbäder, Turnhallen, Sportplätze, Kindergärten und Krankenhäuser werden nicht vom Staat gebaut und betrieben. Solche Einrichtungen gibt es nur, wo vermögende Privatpersonen sie geschaffen haben.
3, 5, 6, 8, 15, 16, 17	Kinderreiche Familien finden keine staatliche Unterstützung.

Lösung zu S. 58

1. Die Soziale Marktwirtschaft ist im Grundgesetz verankert.
2. Das Grundgesetz ist unsere Verfassung und diese Verfassung gewährt uns Bürgern Rechte. Um das Grundgesetz von anderen Gesetzbüchern, die zum Beispiel Strafen aussprechen, abzugrenzen, ist es in Artikel, nicht Paragrafen unterteilt. Artikel heißt hier so viel wie Grundsatz.

3.

Artikel	Rechte	Mögliche Einschränkungen
Artikel 2,1	Jeder Bürger hat das Recht auf die freie Entfaltung seiner Persönlichkeit.	Rechte anderer dürfen dabei nicht verletzt werden; kein Verstoß gegen die verfassungsgemäße Ordnung oder das Sittengesetz
Artikel 9	Alle Bürger haben das Recht, Vereine und Gesellschaften zu gründen, ebenso Vereinigungen, die der Wahrnehmung und Förderung von Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen dienen.	keine Vereinigungen, die gegen das Strafgesetz die verfassungsmäßige Ordnung oder den Gedanken der Völkerverständigung verstoßen
Artikel 12	Alle Bürger haben das Recht, Beruf, Arbeitsplatz und Ausbildungsstätte frei zu wählen. Niemand darf zu einer Arbeit gezwungen werden.	für alle gleiche öffentliche Dienstleistungspflicht; Zwangsarbeit bei gerichtlich angeordneter Freiheitsentziehung zulässig
Artikel 14	Jeder Bürger hat ein Recht auf Eigentum. Es gibt das Erbrecht.	Gebrauch des Eigentums soll zugleich dem Allgemeinwohl dienen; Enteignung zum Allgemeinwohl gegen gesetzlich geregelte Entschädigung möglich
Artikel 15	Grund und Boden, Naturschätze und Produktionsmittel können zum Zwecke der Vergesellschaftung durch ein Gesetz, das Art und Ausmaß der Entschädigung regelt, in Gemeineigentum oder in andere Formen der Gemeinwirtschaft überführt werden.	

Lösung zu S. 59

- | | |
|---|--------------------------------|
| 1. 1947 | 10. eine unabhängige Notenbank |
| 2. von Alfred Müller-Armack | 11. um 185 Prozent |
| 3. Neoliberalismus | 12. Vollbeschäftigung |
| 4. Ludwig Erhard | 13. Italien |
| 5. Wirtschaftswunder | 14. Portugal |
| 6. freie Preisbildung und freier Wettbewerb | 15. ein Moped |
| 7. 1948 | 16. in Gold |
| 8. Wohlstand für alle | 17. die Bergbau-Krise |
| 9. Marshall-Plan | |

Lösung: Wohlstand für alle

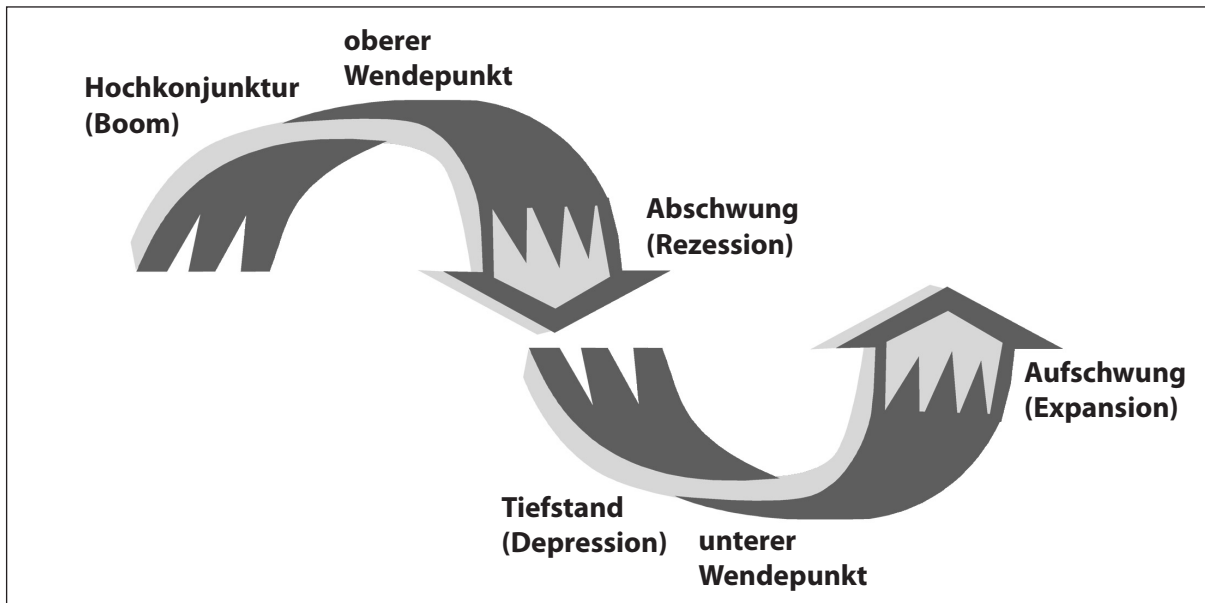
Lösung zu S. 61

2. Saisonschwankungen ist das Auf und Ab der Konjunktur, das bedingt ist durch die Jahreszeiten oder andere Faktoren im Verlauf eines Jahres.

Konjunkturschwankungen bezeichnen das fortwährende Auf und Ab der Konjunktur. Es gibt unterschiedliche Ursachen dafür.

Trends geben eine Richtung an, in die sich die Konjunktur bewegt.

3.



Lösung zu S. 62

Laut **Stabilitätsgesetz** ist der Staat verpflichtet, für eine stetige **Wirtschaftsentwicklung** zu sorgen, um dadurch ein **angemessenes** Wirtschaftswachstum zu erreichen. Fällt die Wirtschaftsentwicklung **rückläufig** aus (Rezession), sollte der Staat die Investitions- und Kapitalgüternachfrage anregen; in der **Boomphase** (Hochkonjunktur) sollte er sie dämpfen. Eine Reihe von Instrumenten steht dem Staat zur Verfügung. So kann er die **Steuern** senken und erhöhen, wodurch die **Nachfrage** der Unternehmen und Konsumenten gemindert bzw. gesteigert wird. Er kann verstärkt **Kredite** aufnehmen, um durch öffentliche Aufträge mehr Angebote zu schaffen. Er darf die Investitionsausgaben der **Unternehmen** durch steuerliche und sonstige Maßnahmen so beeinflussen, dass der Konjunkturverlauf sich fortsetzt. Das alles geschieht antizyklisch, d. h. in der Boomphase versucht er die Investitions- und Konsumgüternachfrage zu **drosseln**. Die Folge der staatlichen Konjunktursteuerung ist bislang allerdings nicht überzeugend, wie das **anhaltende** Auf und Ab der Wirtschaftsentwicklung zeigt.

Lösung zu S. 63

1.

Konjunkturpolitische Maßnahmen zur Ankurbelung der Konjunktur	Konjunkturpolitische Maßnahmen zur Dämpfung der Konjunktur
<p>Zurückführen der Sparförderungsprämie</p> <p>zusätzliche Gelder durch den Staat</p> <p>Investitionen in öffentliche Projekte</p> <p>Steuersenkungen durch Abschreibungen auf Immobilien und Maschinen</p> <p>Einführung einer Wohnungsbauprämie</p>	<p>Reduzierung der Staatsaufträge</p> <p>Bildung von Konjunkturausgleichsrücklagen</p> <p>Steuererhöhungen</p> <p>Kürzung der Subventionen</p> <p>Erhöhung der Sparförderung</p> <p>weniger Geld durch den Staat</p> <p>Kürzung der Abschreibungsmöglichkeiten</p>

2. Wenn die Preise, die Menschen für ihre Waren und Dienstleistungen bezahlen, nicht erhöht werden. Wenn alle Menschen eine Arbeit haben. Wenn das Bruttoinlandsprodukt* steigt. Wenn das Verhältnis von Waren, die ins Land eingeführt werden, (Importe) und von Waren, die ins Ausland ausgeführt werden, (Exporte) ausgeglichen ist.

Lösung zu S. 64

2. Die Nachfrage nach grundlegenden Ressourcen (Nahrungsmittel, aber auch Rohstoffe) steigt. Landwirtschaftliche Nutzflächen können kaum mehr erweitert werden. In anderen Ländern steigt der Bedarf an Rohstoffen, so dass diesem kaum nachzukommen ist. Die stetig steigende Nachfrage wirkt sich in immer höheren Preisen aus. Die Nachfrage kurbelt aber gleichzeitig auch die Wirtschaft an: Unternehmen investieren und weiten sich aus, neue Arbeitsplätze entstehen, die Konsumenten haben mehr Geld in der Tasche. Mit der größeren Kaufkraft steigt wiederum die Nachfrage nach Gütern – und damit auch deren Preise.
4. Inflation: Geldentwertung (Sinken des Geldwertes), die sich durch ständiges Steigen des Preisniveaus für Endprodukte (Konsumgüter, Investitionsgüter) ausdrückt. Inflation entsteht durch anhaltende überhöhte Güternachfrage über das Güterangebot hinaus. Erfahrungsgemäß geht sie mit einer Erhöhung der umlaufenden Geldmenge und/oder der Umlaufgeschwindigkeit des Geldes einher.

Lösung zu S. 65

1. Stabilität des Preisniveaus, hoher Beschäftigungsstand, außenwirtschaftliches Gleichgewicht, stetiges, angemessenes Wirtschaftswachstum
2. Eine wachsende Wirtschaft bringt den Menschen mehr Wohlstand. Maßstab für das Wirtschaftswachstum ist das Bruttoinlandsprodukt. Es ist der Wert aller Güter und Dienstleistungen, die in einem Jahr hergestellt wurden. Das reale Bruttoinlandsproduktwachstum (ohne Preissteigerung) sollte circa zwei bis drei Prozent pro Jahr betragen.

Die Preise sollen stabil bleiben, dann bleibt der Wert des Geldes, die Kaufkraft, erhalten. Maßstab für die Preissteigerung ist die Inflationsrate. Sie sollte zwei Prozent nicht überschreiten.

Zwischen den Exporten und den Importen sollte es kein Ungleichgewicht geben. Für das außenwirtschaftliche Gleichgewicht ist der Außenbeitrag wichtig. Er ist die Differenz zwischen den Exporten und Importen. Der Außenbeitrag sollte nicht mehr als ein Prozent des Bruttoinlandsproduktes betragen.

Alle Arbeitswilligen sollen einen Arbeitsplatz bekommen, dann herrscht Vollbeschäftigung. Maßstab für die Vollbeschäftigung ist die Arbeitslosenquote. Sie sollte unter drei Prozent liegen.

Lösung zu S. 66

1. Das Stabilitätsgesetz zeigt nur teilweise seine Wirkung. Die Arbeitslosenquote ist konstant viel zu hoch, ebenso der Außenbeitrag. Die Inflationsrate bewegt sich im angestrebten Rahmen, doch das Wirtschaftswachstum schwankt stark und fällt meist zu gering, ja sogar negativ aus.

Lösung zu S. 67

Auf dem Arbeitsmarkt bieten die **Menschen** ihre **Arbeitskraft** bzw. bestimmte **Arbeitsleistungen** an, die von **Unternehmen, Verbänden / Organisationen** oder dem **Staat** nachgefragt werden. Hier gilt also die Regel: Arbeitsangebot heißt **Angebot an Arbeitsleistungen** und gleichzeitig Suche nach **Arbeitsplätzen**. Umgekehrt bedeutet **Arbeitsnachfrage** (durch Firmen usw.) **Nachfrage nach Arbeitsleistungen** und damit Schaffung von **Arbeitsplätzen**. Das Zusammenspiel von **Angebot und Nachfrage** auf dem **Arbeitsmarkt** ist allerdings eine umfassende Angelegenheit, weil der Arbeitsmarkt kein **einheitlicher Markt** ist, sondern nach **Teilarbeitsmärkten** aufgeteilt ist, z. B. nach **Regionen, Berufen, Branchen oder Qualifikationen**. Es kann also nicht automatisch davon ausgegangen werden, dass immer vor Ort genau die passenden **Arbeitsplätze** angeboten werden, für die das entsprechend **qualifizierte Personal** zur Verfügung steht (Stichworte: Flexibilität, Qualifikation).

In der Sozialen Marktwirtschaft wird die Organisation des Arbeitsmarktes durch die **Tarifautonomie** geprägt. Die **Tarifpartner Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände** legen für viele Unternehmen **die Löhne und Arbeitsbedingungen** fest, die jeweils für die bestimmte Branche und Regionen gelten. Außerdem greift der Staat durch die Gestaltung der **rechtlichen Rahmenbedingungen** steuernd in das Arbeitsmarktgeschehen ein. Der **Lohn** verliert als Preis für die Arbeitsleistung aber nicht seine Funktion: Hohe **Arbeitskosten** (das sind Löhne und Lohnzusatzkosten, wie z. B. die Sozialversicherungen) sorgen dafür, dass die Unternehmen **rationalisieren und verstärkt Maschinen** einsetzen. Niedrige **Arbeitskosten** dagegen lassen den Betrieb (oder dem Staat) finanzielle Spielräume für die **Beschäftigung von mehr Mitarbeitern** (und damit für eine höhere Nachfrage).

Lösung zu S. 68

1.

Nummer	Text
5	Selbst staatliche Lohnzusatzleistungen reichen nicht mehr aus, um auf Arbeitsplätzen mit geringen Anforderungen Erträge zu erwirtschaften, weil dort die Produktivität zu gering ist. Hier fallen Arbeitsplätze für An- und Ungelernte weg.
1	Eine Folge davon ist der konjunkturelle Rückgang der Nachfrage nach Gütern und Dienstleistungen. Entlassungen und Produktionsabbau sind die Folgen.
4	Ein Sammelbegriff, unter dem Experten eine Form der Arbeitslosigkeit verstehen, die sich über den konjunkturellen Zyklus verfestigt hat. Diese Form lässt sich nicht durch staatliche Konjunkturmaßnahmen regulieren.
2	Vor Weihnachten, zu Erntezeiten, in der Sommerperiode kennt man diese Form der Arbeitslosigkeit nicht bzw. kaum, ansonsten schon.
3	Diese Form der Arbeitslosigkeit entsteht aufgrund eines Arbeitsplatzwechsels und ist daher nur vorübergehend.
6	Die Unternehmen investieren in Maschinen und moderne Produktionsanlagen, wodurch die Arbeitskosten sinken und Arbeitslosigkeit entsteht.

Lösung zu S. 71

4. Gerhard Schröder

7. April 1944	Gerhard Fritz Kurt Schröder wird in Mossenberg/Lippe-Westfalen als Sohn des Hilfsarbeiters Fritz Schröder geboren.
1958–1961	Lehre zum Einzelhandelskaufmann in Lemgo
1962–1964	Arbeit in einer Eisenwarenhandlung in Göttingen, parallel dazu Besuch der Abendschule, Mittlere Reife
1963	Eintritt in die Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD), Engagement bei den Jungsozialisten (Jusos)
1964–1966	Besuch des Siegerland-Kollegs in Weidenau und ab 1965 des Westfalen-Kollegs in Bielefeld, an dem er das Abitur ablegt
1966–1971	Studium der Rechtswissenschaften an der Georg-August-Universität Göttingen.
1971	Erstes juristisches Staatsexamen
1968	Heirat mit Eva Schubach
1969/70	Vorsitzender der Jusos in Göttingen
1972–1976	Referendar am Landgericht Hannover
1972	Scheidung von Ehefrau Eva; Heirat von Anne Taschenmacher
1973	Mitglied der Gewerkschaft Öffentlicher Dienst, Transport und Verkehr (ÖTV)
1976	Zweites juristisches Staatsexamen; Zulassung als Rechtsanwalt in Hannover

1977	Mitglied des Vorstandes des SPD-Bezirks Hannover
1978–1980	Bundesvorsitzender der Jusos
1980	Da er die Altersgrenze überschreitet, muss Schröder 1980 die Position des Bundesvorsitzenden der Jusos abgeben
1978–1990	Tätigkeit als selbstständiger Rechtsanwalt in Hannover
seit 1979	Mitglied des SPD-Parteirates
1980–1986	Mitglied des Bundestages für die SPD
1981	Teilnahme am USA-Austauschprogramm „Young political leaders“
1983–1993	Vorsitzender des SPD-Bezirks Hannover
1984	Scheidung von Ehefrau Anne; Heirat von Hiltrud Hampel
seit 1986	Angehöriger des SPD-Parteivorstandes
1986–1990	Mitglied des niedersächsischen Landtages und Vorsitzender der SPD-Landtagsfraktion; Schröder legt sein Bundestagsmandat nieder
seit 1989	Mitglied des SPD-Präsidiums
1990–1994	Ministerpräsident von Niedersachsen in einer Koalition aus SPD und GRÜNEN
1993	Der SPD-Parteivorsitzende Scharping nimmt Schröder in seine Kommission zur Erarbeitung des SPD-Regierungsprogramms auf und ernennt ihn zum Zuständigen für Energiefragen
1994	Nach der für die SPD erfolglosen Bundestagswahl stellt Schröder zusammen mit Oskar Lafontaine und Rudolf Scharping die sogenannte Führungs-Troika der SPD dar.
1994–1998	Ministerpräsident von Niedersachsen in einer SPD-Alleinregierung; Landesvorsitzender der SPD in Niedersachsen.
August 1995	SPD-Chef Rudolf Scharping entzieht Schröder das Amt des wirtschaftspolitischen Sprechers der Partei, nachdem dieser die SPD-Spitze kritisiert und erklärt hatte, es gehe nicht mehr um sozialdemokratische, sondern um moderne Wirtschaftspolitik. Zuvor hatte Schröder bereits Scharping die Anwartschaft auf die Kanzlerkandidatur abgesprochen und Zweifel an dessen Führungsqualitäten geäußert.
November 1995	Nachdem Oskar Lafontaine zum neuen Parteivorsitzenden der SPD gewählt worden ist, setzt er Schröder erneut als wirtschaftspolitischen Sprecher der Partei ein.
Oktober 1997	Drei Wochen nach seiner Scheidung von Ehefrau Hiltrud heiratet Schröder die Journalistin Doris Köpf.
1. März 1998	SPD-Bundesgeschäftsführer Franz Müntefering erklärt Schröder zum Kanzlerkandidaten der SPD.
27. Oktober 1998	Schröder wird vom Bundestag zum siebten deutschen Bundeskanzler gewählt
12. April 1999	Schröder wird als Nachfolger des am 11. März zurückgetretenen Lafontaine zum neuen Bundesvorsitzenden der SPD gewählt
2001	Auszeichnung mit dem Deutschen Medienpreis.
28. August 2002	Schröder erklärt, dass sich Deutschland unter seiner Führung nicht an einer militärischen Intervention gegen den Irak beteiligen werde.
22. September 2002	SPD und Bündnis 90/Die Grünen gewinnen die Wahl zum 15. Deutschen Bundestag.
22. Oktober 2002	Gerhard Schröder wird für eine zweite Amtszeit zum Bundeskanzler gewählt
30. Dezember 2002	Ehrendoktor der Tonji-Universität in Shanghai
14. März 2003	Die Bundesregierung verkündet die „Agenda 2010“
Juni 2003	Ehrendoktor der juristischen Fakultät der St. Petersburger Universität
September 2003	Bei einem Treffen mit US-Präsident Bush bemüht sich Schröder um eine Normalisierung des Verhältnisses der beiden Staaten zueinander, die durch seine Irak-Politik stark belastet war.
6. Februar 2004	Schröder gibt den Parteivorsitz an den SPD-Fraktionsvorsitzenden Franz Müntefering ab

4. April 2005 Ehrendoktor der juristischen Fakultät der Marmara-Universität Istanbul
 22. Mai 2005 Nach der Niederlage der SPD in Nordrhein-Westfalen und der nun noch deutlicheren Übermacht von CDU und FDP im Bundesrat, sieht Schröder die Grundlage seiner Politik infrage gestellt und erklärt sein Ziel, Neuwahlen zu erreichen.
14. Juni 2005 Ehrendoktor der mathematisch-naturwissenschaftlichen Fakultät der Universität Göttingen
1. Juli 2005 Schröder stellt im Bundestag die Vertrauensfrage, bei der er erwartungsgemäß nicht die Mehrheit erreicht
18. September 2005 Die SPD wird zweitstärkste Fraktion im Bundestag. Mit dem Hinweis, seine Partei würde von der CDU nur aufgrund der Fraktionsgemeinschaft mit der CSU übertroffen, beansprucht Schröder zunächst weiter das Amt des Bundeskanzlers. Schließlich einigen sich SPD, CDU und CSU auf Angela Merkel als Kanzlerin einer Großen Koalition.
22. November 2005 Schröder legt sein Bundestagsmandat nieder. Seitdem arbeitet er wieder als Rechtsanwalt in seiner eigenen Kanzlei in Berlin.
9. Dezember 2005 Ehrenmitglied des Deutschen Fußballbundes (DFB)
- Januar 2006 Aufnahme einer Beratertätigkeit für den Schweizer Ringier-Verlag
- Februar 2006 Ehrenbürger von Hannover
- März 2006 Aufsichtsratsvorsitzender des Pipeline-Konsortiums NEGP-Company, der künftigen Betreiberin der Ostsee-Pipeline von Russland nach Deutschland

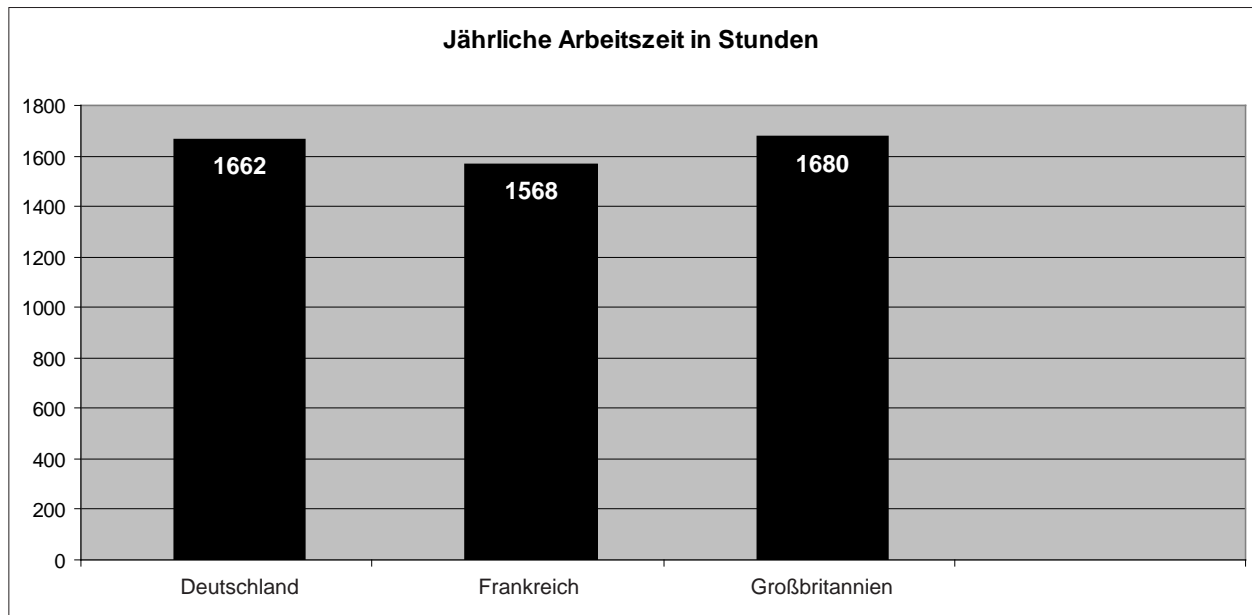
Edmund Stoiber

28. September 1941 Edmund Stoiber wird als Sohn des kaufmännischen Angestellten Edmund Georg Stoiber und seiner Frau Elisabeth in Oberaudorf, Landkreis Rosenheim, geboren. Er ist das jüngste von drei Kindern.
- 1961 Abitur am Ignatz-Günther-Gymnasium in Rosenheim
- 1961–1962 Wehrdienst bei den Gebirgsjägern in Bad Reichenhall und Mittenwald
- 1962 Beginn des Studiums der Rechtswissenschaften und Politologie an der Universität München; Zweitstudium an der Hochschule für politische Wissenschaften
- 1967 Erstes juristisches Staatsexamen
- 1968–1971 Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Lehrstuhl für Straf- und Ostrecht der Universität Regensburg
23. Februar 1968 Hochzeit mit Karin Rudolf; aus der Ehe gehen drei Kinder hervor
- 1971 Zweites juristisches Staatsexamen; Promotion zum Thema: „Der Hausfriedensbruch im Licht aktueller Probleme“ .
 Regierungsrat im neu gegründeten Bayerischen Umweltministerium
9. Dezember 1971 Beitritt zur Christlich Sozialen Union (CSU) und zur Jungen Union
- 1972 Persönlicher Referent des damaligen Staatsministers Max Streibl (1932–1998), Wahl zum Kreisvorsitzenden der Jungen Union Bad Tölz-Wolfratshausen
27. Oktober 1974 Einzug in den Bayerischen Landtag
- 1975 Wahl in den Vorstand des CSU-Bezirksverbandes Oberbayern
- 1978–1984 Mitglied des Kreistags Bad Tölz-Wolfratshausen an
- 1978 Zulassung als Rechtsanwalt und Eröffnung einer Kanzlei in Wolfratshausen
8. November 1978 Generalsekretär der CSU in Bayern; rechte Hand des CSU-Vorsitzenden und Ministerpräsidenten Franz-Josef Strauß; für die Verbindung zwischen CSU-Landesleitung und Landtagsfraktion zuständig
- 1980 Verantwortlicher für den Wahlkampf der CSU bei der Bundestagswahl
- Oktober 1982 Berufung zum Leiter der Bayerischen Staatskanzlei
- 1984 Verleihung des Bayerischen Verdienstordens
- 1986 Ernennung zum Staatsminister der Bayerischen Staatskanzlei

1988–1992	Vorsitzender der CSU. Nach dem Tod von Franz-Josef Strauß wird Stoiber im Kabinett von Max Streibl zum Bayerischen Staatsminister des Inneren ernannt. Während seiner vierjährigen Amtszeit widmet er sich vor allem den Themen Innere Sicherheit, Ausländer- und Asylrecht sowie Rechtsextremismus. Er lässt die Planstellen der Polizei erhöhen und fordert 1991 bessere Fahndungsmöglichkeiten für die Polizei, um die im Zuge der europäischen Einigung wegfallenden Grenzkontrollen teilweise auszugleichen.
1989	Stellvertretender CSU-Vorsitzender
28. Mai 1993	Wahl zum Bayerischen Ministerpräsidenten
21. Oktober 1994	Stoiber wird nach dem Sieg seiner Partei bei der Landtagwahl (52,8 Prozent der Stimmen) mit allen Stimmen der CSU-Landtagsfraktion zum bayerischen Regierungschef gewählt.
1. November 1995	Nach dem Rotationsprinzip wird Stoiber als Ministerpräsident für ein Jahr Bundesratspräsident. Außerdem wird er Vorsitzender der Grundsatzkommission der CSU.
Juni 1997	Stoiber tritt für eine strikte Einhaltung der Maastricht-Kriterien und damit des Zeitplans für die Euro-Einführung ein und führt einen offenen Disput mit Bundeskanzler Helmut Kohl.
1998	Ausländerpolitisch spricht sich Stoiber gegen die doppelte Staatsbürgerschaft aus und fordert eine Begrenzung des Zuzugs sowie den Nachweis von deutschen Sprachkenntnissen.
29. September 1998	Bei der Landtagwahl in Bayern wird Stoiber als Ministerpräsident wieder gewählt. Sein Sieg in Bayern macht ihn endgültig zu einer Schlüsselfigur in der Union.
16. Januar 1999	Als Nachfolger von Theo Waigel übernimmt Stoiber den Parteivorsitz der CSU
2000	Verleihung des Mittelkreuzes mit Stern des Verdienstordens der Republik Ungarn und des Großen Goldenen Ehrenzeichens am Bande der Republik Österreich
2002	Stoiber setzt sich als Kanzlerkandidat von CDU und CSU gegen Angela Merkel durch. Trotz erheblicher Zugewinne schafft es Stoiber bei den Bundestagswahlen nicht, einer Koalition von CDU/CSU und FDP die absolute Mehrheit zu sichern.
Juli 2002	Auszeichnung für sein „persönliches Engagement für eine Annäherung der beiden Nachbarländer“ mit dem Orden eines Kommandeurs der Ehrenlegion durch den französischen Präsident Jaques Chirac
2004	Auszeichnung mit dem Großkreuz des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland
Juni 2004	Stoiber lehnt das ihm von Jaques Chirac angetragene Amt des Präsidenten der europäischen Kommission ab
2005	Im Wahlkampf zu den vorgezogenen Bundestagswahlen unterstützt Stoiber Kanzlerkandidatin Angela Merkel und ist designierter Wirtschaftsminister in ihrem Kabinett.
1. November 2005	Stoiber entscheidet sich gegen den Eintritt in die Bundesregierung. Stoiber bleibt Ministerpräsident in Bayern.
18. Januar 2007	Stoiber kündigt nach längeren Auseinandersetzungen innerhalb der CSU seinen Rücktritt als Ministerpräsident zum 30. September 2007 an. Eine weitere Kandidatur für den Parteivorsitz schließt er ebenfalls aus.

Lösung zu S. 72

1.



2. OECD ist die Abkürzung für Organisation for Economic Cooperation and Development (Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung). Zu der internationalen Organisation gehören 33 Länder. Sie widmet sich folgenden Zielen: Förderung nachhaltigen Wirtschaftswachstums, höhere Beschäftigung, Steigerung des Lebensstandards, Sicherung finanzieller Stabilität, Unterstützung der Entwicklung anderer Länder, Beitrag zum Wachstum des Welthandels. Um ihre Ziele zu verwirklichen, sammelt und analysiert die OECD Daten und stellt die Ergebnisse Regierungen zur Verfügung, um diese bei der wirtschaftlichen Entwicklung der einzelnen Länder zu unterstützen. Mitglieder der OECD sind Australien, Neuseeland, Belgien, Niederlande, Chile, Norwegen, Dänemark, Österreich, Deutschland, Polen, Finnland, Portugal, Frankreich, Schweden, Griechenland, Schweiz, Irland, Slowakische Republik, Island, Slowenien, Israel, Spanien, Italien, Tschechische Republik, Japan, Türkei, Kanada, Ungarn, Korea, Vereinigtes Königreich, Luxemburg, USA, Mexiko

Lösung zu S. 78 / 79

Bild Nr.	Text
6	Krise in Deutschland. Der Dax-Konzern Hypo Real Estate benötigt dringend 35 Mrd. Euro, um laufende Kredite zurückzuzahlen, das Geld liegt nicht vor. Die Bundesregierung und andere Banken schnüren ein Rettungspaket. Doch auch dieses reicht nicht aus. Die Bundeskanzlerin und Finanzminister Steinbrück beruhigen die deutschen Sparer.
2	Kredite werden Wertpapiere und Banken schnüren daraus undurchsichtige Pakete (Verbriefung). Investoren auf der ganzen Welt greifen zu, auch die deutsche IKB Bank.

Bild Nr.	Text
5	Bankenkrise: Die amerikanischen Banken finden keine Geldgeber mehr, mehrere Geldhäuser gehen Pleite oder werden aufgekauft (Lehman Brothers, Merrill Lynch). Die US-Regierung bewilligt 700 Mrd. Dollar zur Rettung der amerikanischen Banken.
1	Traum vom Eigenheim: US-Banken vergeben freigiebig Kredite an Bürger, selbst an solche, die nichts verdienen. Können diese die Kredite nicht zurückzahlen, verkauft die Bank das Haus. Das funktioniert, solange die Hauspreise steigen.
3	Immobilienkrise: Die US-Zentralbank erhöht die Zinsen, so können immer mehr Hausbesitzer die Kredite nicht zurückzahlen. Die Hauspreise fallen, weil ein Überangebot besteht.
4	Kreditkrise: Die Kurse der Wertpapiere brechen ein, die Banken leihen sich untereinander kein Geld mehr. Es drohen Bankpleiten wie bei der deutschen IKB Bank. Der Staat muss die Banken retten.

Lösung zu S. 80 / 81

- Folgen für die Konjunktur: Rezession oder Stagnation der wirtschaftlichen Entwicklung, Verlust von Arbeitsplätzen

Folgen für die Steuereinnahmen: Rückgang der Steuereinnahmen

Folgen für die Rentner: geringere Rentenerhöhung

Folgen für die Arbeitslosen: Keine nennenswerte Steigerung beim Arbeitslosengeld II

Folgen für die Krankenkassen: Beitragsaufkommen sinkt aufgrund höherer Arbeitslosenzahlen, Erhöhung der Beiträge

Folgen für die Sparer: Sparguthaben sind gesichert
- Bei Kurzarbeit erhalten Arbeitnehmer keinen oder verringerten Lohn von den Unternehmen, die Bundesagentur für Arbeit zahlt Kurzarbeitergeld als Ersatzleistung, allerdings nur in Höhe von ca. 60 Prozent des normalen Lohns. Somit haben die Arbeitnehmer = Konsumenten weniger Geld in der Tasche. Gerade bei großen Unternehmen mit vielen Mitarbeitern kann sich dies schnell auf den Konsum auswirken. Dieser geht zurück, da weniger nachgefragt wird.

Weiterhin wirkt sich die Kurzarbeit von Unternehmen auch auf deren Zulieferer aus. Weniger Produkte werden von diesen gekauft, somit geraten auch diese Unternehmen in die Krise.

Wenn außerdem weniger Automobile produziert werden, das Angebot also sinkt, steigen die Preise. Dies wiederum hat zur Folge, dass die Nachfrage ebenfalls sinkt. Höhere Preise wirken sich außerdem auf den Export aus, der zurückgeht.

Lösung zu S. 82

1.

Universalbanken	Spezialbanken
machen Geschäfte mit Sparern übernehmen Baufinanzierung regeln Zahlungsverkehr vergeben Firmenkredite arbeiten auch im Bereich der Investmentbanken	keine Geschäfte mit Sparern keine Baufinanzierung keine Kreditvergabe tätigen Wertpapiergeschäfte entwickeln Finanzprodukte

2. Die „Wall Street“ hat ihren Namen von der „Wallstraße“ in New Amsterdam (heute New York), an der sich Ende des 18. Jahrhunderts erstmals Wertpapierhändler versammelten und Geschäfte tätigten.
3. Der Dow-Jones-Index ist ein Maßstab, um Aussagen über den Aktienmarkt machen zu können. Er berechnet sich aus dem Durchschnitt der Wertpapierkurse von 30 Unternehmen, die an der New Yorker Börse gehandelt werden. Welche Aktien in die Berechnung einfließen wird von den Herausgebern des Wall Street Journal festgelegt.
4. In Deutschland gibt es beispielsweise den DAX (Deutscher Aktienindex), den DIMAX (Deutscher Immobilienmarktindex) und den TecDAX (Deutscher Aktienindex für Technologieunternehmen), in Österreich den ATX (Austrian Trade Index) und in der Schweiz den SMI (Swiss Market Index).

Lösung zu S. 83

1. Die Börse ist ein Markt für vertretbare Güter. Hier werden Waren und Werte (Wertpapiere) gehandelt, die immer gleich beschaffen sind, deren Qualität also nicht geprüft werden muss (z. B. Kohle, Öl, Aktien, etc). Die Waren befinden sich nicht vor Ort. Der Handel findet einzig über Angebot und Nachfrage statt, unabhängig von einer Übergabe der Ware.
2. Bulle und Bär stehen als Symbole für die sich ändernden Kurse an der Börse. Dabei steht der Bulle für einen Kursanstieg, der Bär für sinkende Kurse. Zurückzuführen ist die Symbolik auf einen spanischen Literaten, der das Geschehen an der Börse mit einer Variante des Stierkampfes in Südamerika verglich. Dort wurden Bullen und Bären aufeinander losgelassen. Wenn ein Bär nach einem Gegner oder Opfer schlägt, haut er mit der Tatze von oben nach unten. Der Bulle stößt umgekehrt mit den Hörnern von unten nach oben. Auf die Aktienmärkte übertragen heißt das: Die Bären prügeln die Kurse nach unten, während die Bullen den Wert der Aktien nach oben wuchten.
3. Brügge liegt in Belgien, unweit der Nordseeküste am Fluss Reie. Da Handel oftmals per Schiff stattfand, war Brügge mit Zugang zu Fluss und Nordsee dafür ideal geeignet.
4. Brügge zählte zu einem der wichtigsten Handelsorte der Hanse. Dort war eines der vier Hansekontore errichtet worden. Außerdem entstand dort in dieser Zeit das erste Börsengebäude.

Lösung zu S. 85

Das **Aktienkapital** bezeichnet die Anzahl der ausgegebenen **Aktien** und stellt einen wichtigen Teil des **Eigenkapitals** einer AG dar. Der **Aktionär** wird wie ein **Unternehmer** am Gewinn oder **Verlust** des Unternehmens beteiligt. Aktien können an einer **Börse** gehandelt werden. Alle **Rechte** eines Aktionärs beginnen mit dem **Kauf** und enden mit dem Verkauf der Aktie.

Blue Chips	Spitzenunternehmen an der Aktienbörse
Bär	Tiersymbol aus den USA für fallende Kurse
Hausse	Positiver Börsentrend mit anhaltend steigenden Kursen
Bulle	Tiersymbol aus den USA für steigende Kurse
DAX	Deutscher Aktienindex (Wertermittlung der 30 größten deutschen Aktien)
Baisse	Negativer Börsentrend mit anhaltend fallenden Kursen

Lösung zu S. 86

1. In Schwärmen werden Heuschrecken zur Plage, die die Lebensgrundlage von Menschen zerstören und ganze Landstriche verwüsten können. Heuschrecken tauchen zeitweise in großen Scharen auf, fressen alle Pflanzen und vernichten dabei ganze Ernten. Wenn es nichts mehr zu fressen gibt, ziehen sie weiter.

Ähnlich hat Franz Müntefering Hedgefonds gesehen. Sie machen mit den Kursverlusten von Aktienpaketen Gewinn, wobei sie diese Kursverluste auch noch selbst verursachen. Auf der Strecke bleiben andere Anleger, die Aktien halten.

2. Die Banken sind sozusagen die Geldlieferanten der Hedgefonds. Das Eigenkapital der Hedgefonds ist meist sehr gering. Ihre Geschäfte finanzieren sie weitgehend über Fremdkapital. Folglich wären die Geschäfte der Hedgefonds ohne die Banken gar nicht möglich.

Lösung zu S. 88

1.

Neoliberalismus	Freihandel	Protektionismus
<p>freiheitliche Wirtschaftsordnung</p> <p>privates Eigentum an Produktionsmitteln</p> <p>freie Preisbildung</p> <p>absolute Wettbewerbs- und Gewerbefreiheit</p> <p>staatliche Eingriffe auf ein Minimum beschränkt</p> <p>Staat soll Kartelle verhindern</p> <p>Staat soll Konjunkturschwankungen ausgleichen</p> <p>Staat soll für sozialen Ausgleich sorgen</p>	<p>absolute Handelsfreiheit</p> <p>freier internationaler Wettbewerb</p> <p>internationale Arbeitsteilung</p> <p>Gütertausch ohne staatliche Kontrollen und Regulierungen</p>	<p>Schutz heimischer Wirtschaftszweige vor ausländischer Konkurrenz</p> <p>Schutzzölle</p> <p>Einfuhrbeschränkungen</p> <p>Subventionen und Steuererleichterungen für inländische Produkte</p>